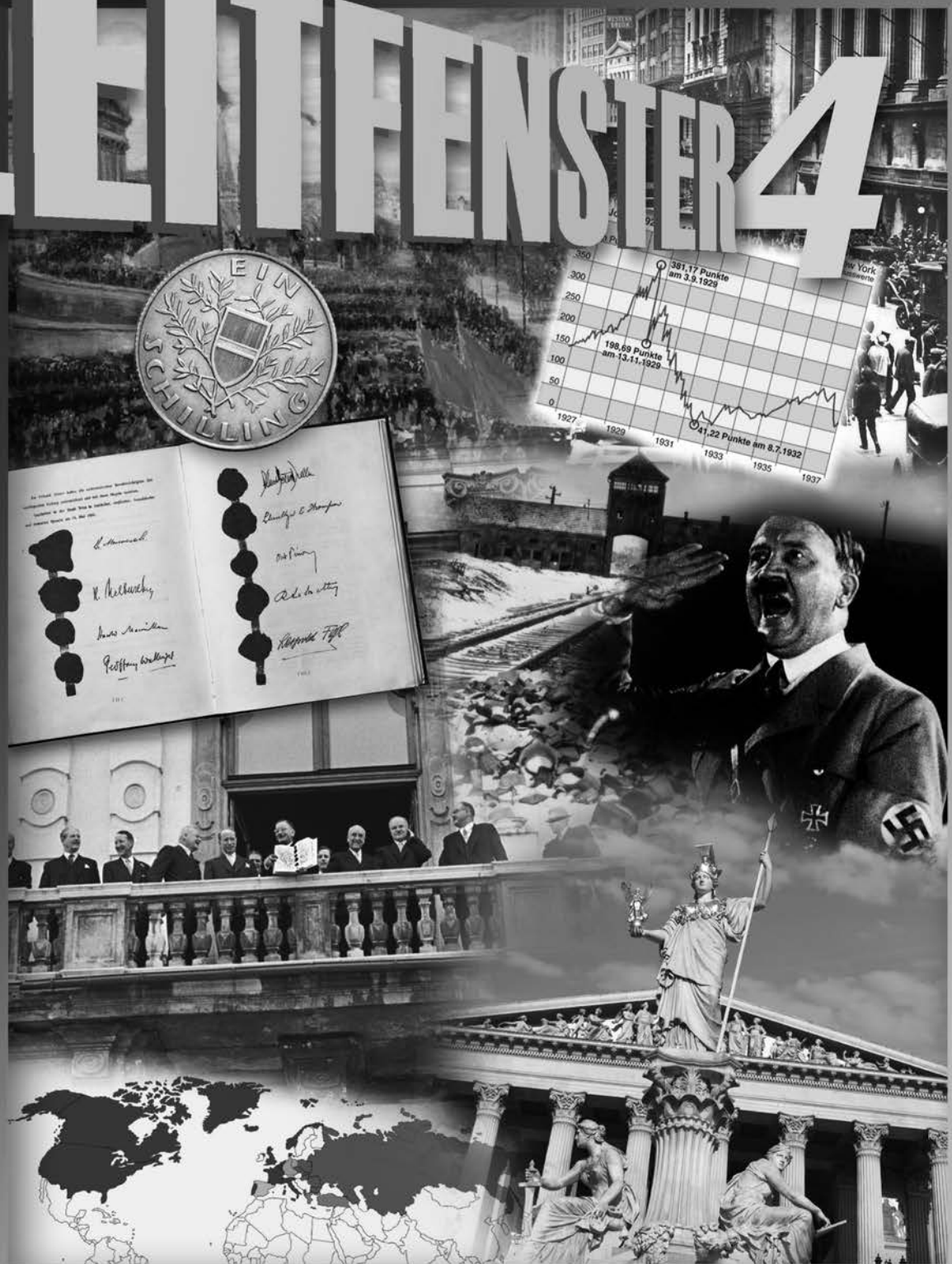


Robert Beier · Ute Leonhardt

# ZEITFENSTER 4



Begleitheft

**Geschichte und Sozialkunde**

 Ed. Hölzel

Inhalt	Seite
Methodik-Corner: Argumentieren lernen .....	2
Jahresplanung .....	3
Kopiervorlage zu „Die Weltwirtschaftskrise 1929“ .....	4
Kopiervorlage zu „Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener totalitärer Systeme“ .....	5
Kopiervorlage zu „Die politischen Gegensätze verschärfen sich“ .....	6
Lösungen zu Workstations und Workshops im Buch .....	7
Lösungen zu den Workshops im Arbeitsheft .....	16

## Methodik-Corner

### Argumentieren lernen

Lernende sollen lernen, eigene Standpunkte zu kennen, darzulegen und zu argumentieren. Dies ist sowohl für soziales als auch für politisches Handeln von großer Bedeutung.

#### „Positionslinie“

Die Lernenden sollen zu einem bestimmten, idealerweise stark polarisierendem Thema (z. B. für oder gegen die Todesstrafe), Position beziehen.

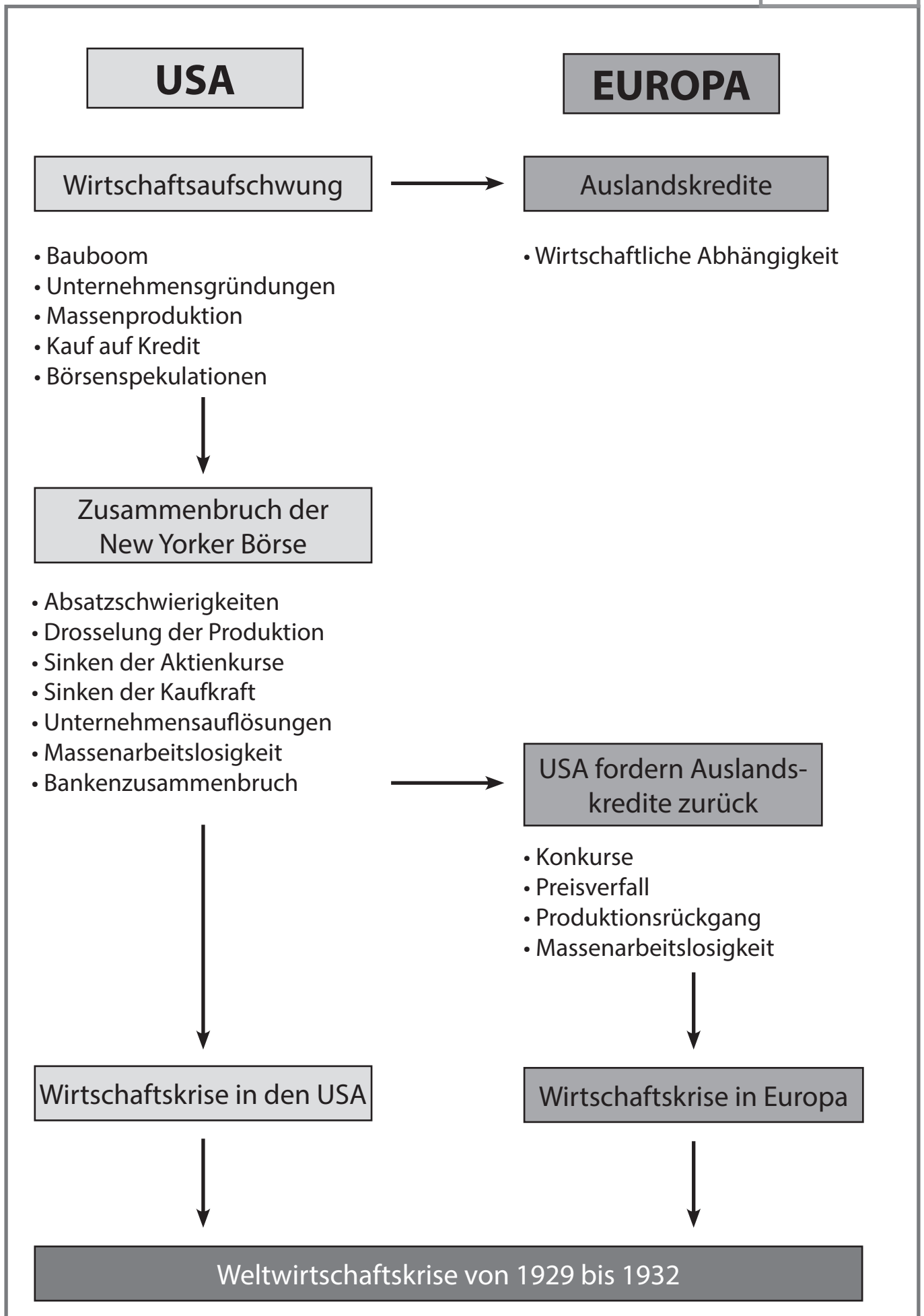
Um den Standpunkt der Schüler und Schülerinnen auch sichtbar zu machen, sollte eine Positionslinie in der Klasse markiert werden, wobei das eine Ende der Linie die „Ja-Position“ (oder „Pro-Position“) darstellt und das andere Ende die „Nein-Position“ (oder „Contra-Position“).

Alternativ dazu kann der Lehrende die Schülerinnen und Schüler auch in zwei Gruppen einteilen, die den jeweiligen Standpunkt auch dann vertreten müssen, wenn er ihrer eigenen Meinung nicht entspricht.

Nun suchen die beiden Gruppen Argumente für ihre Position. Anschließend treten abwechselnd Vertreter bzw. Vertreterinnen beider Gruppen vor und argumentieren ihren Standpunkt. Idealerweise kommen möglichst alle Vertreterinnen und Vertreter beider Gruppen zu Wort.

Am Ende der Diskussion nehmen die Lernenden noch einmal Aufstellung entlang der Positionslinie um zu überprüfen, ob sie ihre Position beibehalten haben oder ob sie durch die Argumentation der anderen Gruppe ihre Meinung geändert haben.

Monat	Kernbereich	Erweiterungsbereich
September	<b>Wiederholung 3. Klasse</b>  <b>Wirtschaft und Gesellschaft in der Zwischenkriegszeit</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die polit. und wirtschaftl. Lage Europas nach dem Ersten Weltkrieg</li> <li>Die Goldenen 1920er</li> <li>Die Weltwirtschaftskrise 1929</li> <li>Der New Deal – ein Weg aus der Wirtschaftskrise</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Von den „nützlichen“ und „spielerischen“ Dingen des Lebens</li> <li>Radio und Film</li> </ul>
Oktober	<ul style="list-style-type: none"> <li>Faschismus in Italien</li> <li>Spanien in der Zwischenkriegszeit</li> <li>Die Weimarer Republik</li> <li>Die Sowjetunion unter Stalin</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kunst und Design</li> <li>Die Salzburger Festspiele als „eines der ersten Friedenswerke“</li> </ul>
November	<b>Österreich von 1918–1938</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Gründung der Republik Österreich</li> <li>Wirtschaftliche Probleme</li> <li>Die politischen Gegensätze verschärfen sich</li> <li>Vom Ständestaat zum Anschluss</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Verfassung von 1920 und 1929</li> <li>Die Wehrverbände</li> <li>Der kommunale Wohnbau in Wien</li> </ul>
Dezember	<b>Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Der Aufstieg Hitlers</li> <li>Die Machtergreifung nach 1933</li> <li>Die Außenpolitik des Deutschen Reichs von 1933 bis 1939</li> <li>Zweiter Weltkrieg – Hitler erobert Europa</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Olympischen Spiele in Berlin 1936</li> </ul>
Jänner	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zweiter Weltkrieg 1941 bis 1945</li> <li>Europa nach dem Zweiten Weltkrieg</li> <li>Das System der Konzentrations- und Vernichtungslager</li> <li>Judenverfolgung und -vernichtung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Das Konzentrationslager Mauthausen und seine Nebenlager</li> <li>Widerstand gegen das NS-Regime</li> <li>Jugend im Nationalsozialismus</li> </ul>
Februar	<b>Zweite Republik</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Wiedererrichtung Österreichs</li> <li>Wirtschaftlicher Wiederaufbau</li> <li>Österreich erhält den Staatsvertrag</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Volksgruppen in Österreich</li> </ul>
März	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Zweite Republik von 1955 bis 1966</li> <li>Innenpolitische Veränderungen</li> <li>Österreich als Mitglied der Europäischen Union</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der österreichische Bundespräsident</li> <li>Die Südtirolfrage</li> </ul>
April	<b>Die Welt nach 1945</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Teilung Europas</li> <li>Der Kalte Krieg</li> <li>Die Volksdemokratien in Europa</li> <li>Das Ende der UdSSR</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wirtschaftliche und militärische Bündnisse</li> <li>Die Berliner Mauer</li> </ul>
Mai	<ul style="list-style-type: none"> <li>Jugoslawien gibt es nicht mehr</li> <li>Der Nahostkonflikt</li> <li>Die Auflösung der Kolonialreiche</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Vereinten Nationen</li> </ul>
Juni	<b>Politische Bildung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Wahlen und Wahlrecht</li> <li>Politische Parteien in Österreich</li> <li>Die Europäische Union</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Rolle der Medien in der Politik</li> <li>Die Rechte der Kinder und Jugendlichen</li> </ul>

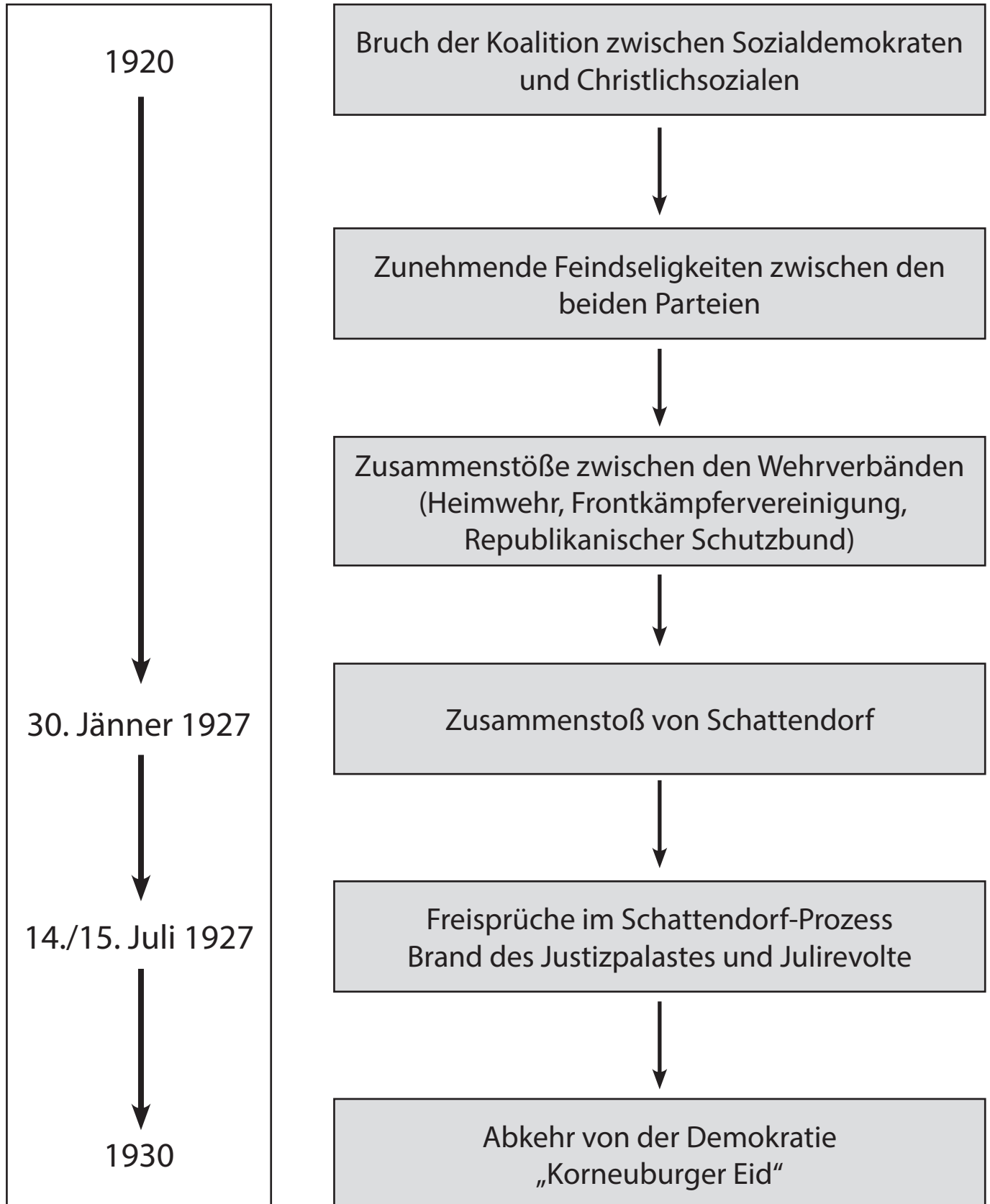


## Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener totalitärer Systeme

	<b>Faschismus</b>	<b>Nationalsozialismus</b>	<b>Stalinismus</b>
<b>Ursachen</b>	Fehlen von Toleranz, Kompromissbereitschaft und demokratischer Gesinnung Ablehnung des parlamentarischen Systems Weltwirtschaftskrise – Armut – Arbeitslosigkeit „Ruf nach einem starken Mann“		
<b>Schlagwort</b>	„Glauben, gehorchen, kämpfen“	„Ein Volk, ein Reich, ein Führer“	„Sozialismus in einem Lande“
<b>Gründer</b>	Benito Mussolini	Adolf Hitler	Josef Stalin
<b>Symbol</b>	Römisches Rutenbündel (Fasces)	Hakenkreuz	Hammer und Sichel
<b>Staatsform</b>	Minderheit (Partei) übt Alleinherrschaft aus		
<b>System</b>	Diktator an der Spitze (Führerprinzip) Opposition ausgeschaltet undemokratisch		
<b>Innenpolitik</b>	National betont Ordnung im Staat kommt von „oben“ Keine Freiheit der Bevölkerung Alle Macht kommt vom Führer Paramilitärischer Verband	Totale Erfassung der Bevölkerung durch die Partei „Der Führer hat immer Recht“ Paramilitärische Verbände	Macht erhalten Revolution durch Kollektivierung der Landwirtschaft und Aufbau der Industrie weiterführen
<b>Außenpolitik</b>	Sieger im Ersten Weltkrieg Imperialistische Ziele: Mittelmeer Abessinien Albanien	Verlierer im Ersten Weltkrieg Imperialistische Ziele: Osteuropa Tschechoslowakei Polen	Verlierer im Ersten Weltkrieg Imperialistische Ziele: Osteuropa Baltische Staaten Polen

# ERSTE REPUBLIK

## Zunehmende Radikalisierung





# Lösungen zu den Workstations und Workshops im Buch:

## Quiz S. 4–6

### A: Vom Mittelalter in die Neuzeit

1. Mensch
2. Wiedergeburt der Antike
3. Die Erde dreht sich um die Sonne (Heliozentrisches Weltbild)
4. 1492
5. Erste Weltumsegelung
6. Tabak, Kartoffeln, Tomaten, Bananen, Ananas, Kakao
7. Martin Luther
8. Gegen die Missstände in der katholischen Kirche
9. Der Landesherr bestimmt die Religion der Untertanen.
10. Dreißigjähriger Krieg

### B: Absolutismus und Aufklärung:

11. Uneingeschränkte Herrschaft
12. Ludwig XIV.
13. Merkantilismus
14. Manufakturen
15. Aufklärung
16. Maria Theresia
17. Joseph II.
18. Leibeigenschaft
19. Oberhaus (House of Lords), Unterhaus (H. of Commons)
20. Parlamentarische Monarchie

### C: Revolutionen:

21. Boston Tea Party
22. 4. Juli 1776
23. Sturm auf die Bastille
24. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit
25. Jakobiner
26. Napoleon
27. Unterwerfung Europas
28. Neuordnung Europas, Klemens von Metternich
29. 1848
30. Russland

### D: Industrielles Zeitalter:

31. England
32. Von der Agrar- zur Industriegesellschaft
33. James Watt
34. Eisenbahn
35. Gesteigerte Nachfrage nach Rohstoffen, höherer Kapitalbedarf, Ausbau der Verkehrswege, sehr schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen für Arbeiterschaft
36. Streiks, Maschinenstürme, Gründung von Gewerkschaften und Arbeiterparteien
37. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche, Einschränkung der Kinderarbeit, Beschränkung der Arbeitszeit, Versammlungs- und Streikrecht, Krankenversicherung, Unfallversicherung
38. Friedrich Engels und Karl Marx
39. elektrischer Strom
40. Mikrochip

## S. 13

Versuche mit Hilfe der Grafik zu errechnen wie viel Prozent die US-Aktien

- vom 3.9.1929 bis 13.11.1929 an Wert verloren:  $100:381,17 \times 198,69 - 100 = 47,87\%$
- vom 3.9.1929 bis zum 8.7.1932 an Wert verloren:  $100:381,17 \times 41,22 - 100 = 89,18\%$
- vom 13.11.1929 bis zum 8.7.1932 an Wert verloren:  $100:198,69 \times 41,22 - 100 = 79,25\%$

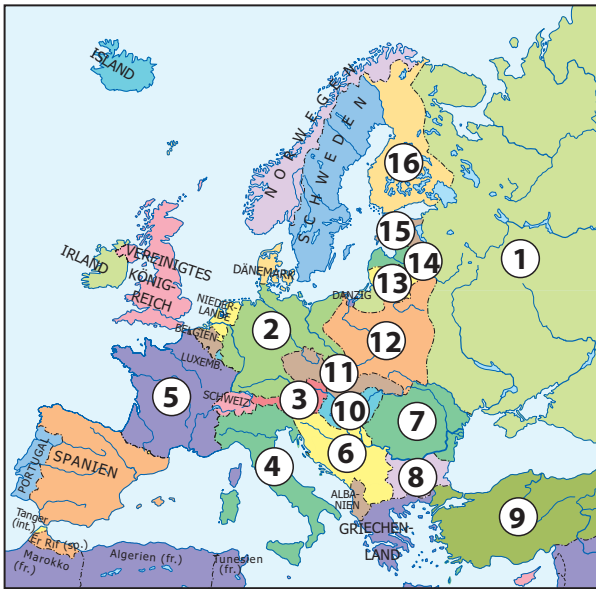
### E: Österreich zur Zeit der Habsburger:

41. Maximilian I.
42. Türken (Osmanen)
43. Der Tod des spanischen Königs Karl II.
44. In der Pragmatischen Sanktion
45. Sie ermöglichte weibliche Erbfolge im Habsburgerreich und legte die Unteilbarkeit und Untrennbarkeit der österreichischen Länder fest.
46. Österreichischer Erbfolgekrieg (1740 – 1748), Siebenjähriger Krieg (1756 – 1763)
47. Franz Joseph I. (1848 – 1916)
48. Ausgleich (1867)
49. Deutsche, Ungarn, Tschechen, Polen, Ukrainer, Slowenen, Italiener, Serbokroaten, Rumänen, Slowaken u.a.
50. Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für Männer über 24 Jahre (1907), allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts über 20 Jahre (1918)

### F: Imperialismus und Erster Weltkrieg

51. Italiener und Deutsche
52. Otto von Bismarck
53. Versuch eines Staates seine Herrschaft über andere Staaten zu errichten oder Kontrolle über andere Völker zu erlangen
54. Großbritannien, Deutsches Reich, Frankreich, Russland, Japan, USA, (Österreich-Ungarn)
55. Gewaltsame Eroberung, Unterdrückung, Ausbeutung von Bodenschätzen und Rohstoffen, Zwangsarbeit, Errichtung von Monokulturen und Plantagen, Zerstörung alter Gesellschaftsformen, Verlust von Tradition und Bräuchen
56. Faschoda-Krise (England-Frankreich, 1898), Marokkokrisen (Deutsches Reich - Frankreich 1905/1906 und 1911), Balkankriege (Österreich-Ungarn – Serbien, 1912/1913)
57. Triple Entente (Frankreich, Großbritannien, Russland, Italien ab 1915), Mittelmächte (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Italien (bis 1915))
58. Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914
59. 1914: Schlieffenplan scheitert (Stellungskrieg), 1915 Italien wechselt das Lager, 1916: verlustreiche Schlachten, 1917: Russland scheidet aus dem Krieg aus, USA treten ein, 1918: Zusammenbruch der Mittelmächte
60. Frieden von Versailles: alleinige Kriegsschuld Deutschlands, hohe Reparationen, Gebietsverluste für Deutschland, Rüstungsbeschränkungen, große Unzufriedenheit in Deutschland; Frieden von Saint Germain: Zerfall der Habsburgermonarchie in die Nachfolgestaaten: Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen

S. 8



S. 10

1 FREIZEIT  
 2 LEBENSGEFUEHL  
 I  
 F  
 3 SOZIALGESETZE  
 4 SHIMMY  
 5 BLUES  
 6 AUF SCHWUNG  
 N  
 D  
 7 PRODUKTIONSZAHL  
 8 REISE  
 9 ORIENTEXPRESS  
 D  
 10 UNTERHALTUNG  
 11 KINO  
 12 TINLISSY  
 I  
 O  
 13 NEWORLEANS

S. 18

Lösung – Propagandaplakat

Ein Hakenkreuz – blutrot umrandet, vor einem braun gefärbten Hintergrund, auf dem Flugzeuge und aufquellende Rauchwolken zu sehen sind, darüber in großen, grell roten Lettern das deutsche Wort „Kultur“, eingerahmt von zwei spanischen Ausrufungszeichen. In das Hakenkreuz hinein montiert ist eine Folge von elf Fotografien, Bilder von Leichen und zerstörten Gebäuden. Unter der Überschrift „Fascist barbarism in Madrid“ finden sich Erläuterungen, die beschreiben und zugleich anklagen: „The fascist bombs chiefly aim at children; here is a poor child among other corpses shattered by the bombs.“

Dies beschreibt in wenigen Sätzen ein Plakat aus der Zeit des Spanischen Bürgerkriegs, das den im Herbst 1936 einsetzenden Luftangriffen auf das republikanische Madrid gewidmet ist. Als Auftraggeber des Plakats zeichnet die Propagandaabteilung der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo (CNT) in Valencia, seit November 1936 Sitz der vor den anrückenden aufständischen Truppen geflohenen republikanischen Regierung. Das Plakat war konzipiert für eine internationale Öffentlichkeit: Neben einer spanischen Fassung sind die hier erwähnte englische sowie eine französische, eine deutsche und eine schwedische Version überliefert, alle versehen mit der balkenartigen deutsch-spanischen Titelzeile „¡Kultur!“.

Martin Baumeister, ¡KULTUR! – KURZE ÜBERLEGUNGEN ZU EINEM PLAKAT AUS DEM SPANISCHEN BÜRGERKRIEG 1, [http://www.europa.clio-online.de/Portals/\\_Europa/documents/B2007/E\\_Baumeister\\_Kriegskultur.pdf](http://www.europa.clio-online.de/Portals/_Europa/documents/B2007/E_Baumeister_Kriegskultur.pdf)

S. 31

A:

J  
 VOELKERBUND  
 G  
 INFLATION  
 S  
 WOODROW WILSON  
 A  
 W  
 B  
 L  
 U  
 I  
 W  
 L  
 OEHNE  
 T  
 S  
 W  
 I  
 ROOSEVELT  
 T  
 SAINTGERMAIN  
 C  
 H  
 NEWDEAL  
 F  
 FREITAG  
 S  
 K  
 BOERSE  
 I  
 NANSEN  
 E

B:

- X Die Anzahl der Arbeitslosen schwankte von 1922 bis 1929 zwischen 50 000 und 244 000.
- X Nach 1929 stieg die Arbeitslosenrate stark an und erreichte 1933 mit 557 000 einen Höchstwert.
- X 1929 gab es um 142 000 mehr Arbeitslose als 1922.

C:

1. Falsch, Jugoslawien erhielt Dalmatien, das Osmanische Reich kam unter Kontrolle des Völkerbundes, Italien erhielt keine deutschen Kolonien
2. Falsch, die Fasci di Combattimento wurde 1919 gegründet.
3. Richtig
4. Falsch, der Marsch auf Rom führte 1922 zur Machtübernahme der Faschisten in Italien.
5. Richtig
6. Richtig

D:

Unzufriedenheit mit Ergebnis der Friedensverhandlungen, hohe Staatsschulden, hohe Arbeitslosigkeit, Inflation, Angst der begüterten Schichten vor Umsturz durch z. B. Land- und Fabrikarbeiter  
 Gründung der Fasci di Combattimento: regen Zulauf; vertrieben Land- u. Fabrikbesetzer, sorgten für Ruhe und Ordnung,  
 Staatsorgane verhielten sich gegenüber der Fasci passiv  
 Umwandlung der Fasci di Combattimento in die Nationale Faschistische Partei  
 Marsch auf Rom – Mussolini errichtete Diktatur



E:	Italien	Spanien	Weimarer Republik	Sowjetunion
	Benito Mussolini Nationale Faschistische Partei Fasci di Combattimento Viktor Emanuel Duce Diktatur	Francisco Franco Miguel Primo de Rivera Guernica Alfons XIII. Parlamentarische Monarchie Diktatur	Friedrich Ebert Wilhelm II. SPD Spartakusaufstand NSDAP Präsidiakabinette Paul von Hindenburg	Josef Stalin Leo Trotzki NEP Fünfjahresplan Zwangskollektivierung Kolchosen/Sowchosen Bolschewiki

### S. 37

Richtig sind folgende Nummern: 1, 3, 4, 8, 10, 11, 12, 13, 16

### S. 47

A:

Tschechoslowakei: Sudetenland (Tschechische Republik), Südböhmen (Tschechische Republik), Südmähren (Tschechische Republik), Iglau (Tschechische Republik), Brünn (Tschechische Republik)

Italien: Südtirol

Jugoslawien: Untersteiermark (Slowenien)

B:

1. Wegfall von Fabriken und Rohstoffen durch große Gebietsverluste, Rohstoffmangel vor allem Kohle, Lebensmittelknappheit durch Wegfall der ungar. Agrargebiete
2. Lebensmittel- und Warenknappheit – Preisanstieg, Völkerbundanleihe 1922, ausgeglichenes Budget, Währungsreform
3. Einführung neuer Steuern, Verwaltungsreform, staatliche Bauprojekte (z.B. Wasserkraftwerke)

C:

1. Justizpalastbrand vom 15. Juli 1927
2. Demonstranten, Sicherheitswache, Feuerwehr
3. Demonstranten
4. Werfen mit Steinen, Beschuss der Sicherheitswache, Versuch in das Parlament und die Universität einzudringen, Brandstiftung in einem Wachzimmer, Brandstiftung im Justizpalast, Blockade der Feuerwehrezufahrt
5. Bewaffnung der Sicherheitskräfte, Salvenfeuer, Räumung des Platzes

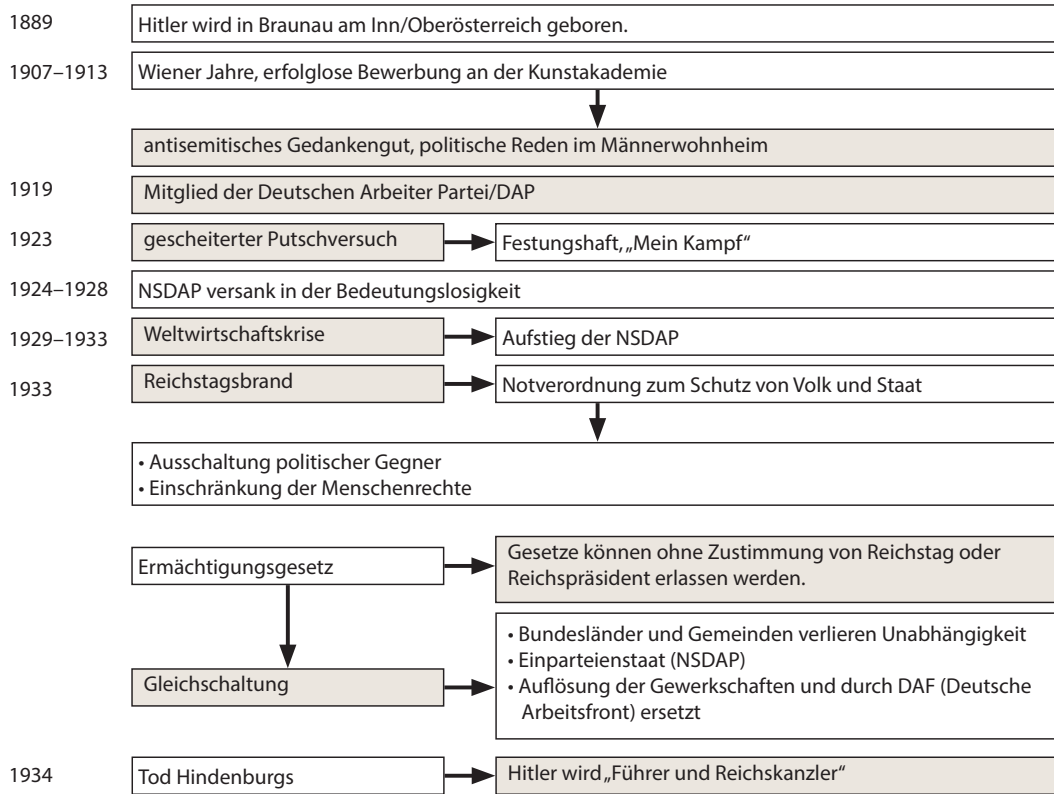
### S. 48

D:

11. November 1918	Kaiser Karl I. unterzeichnet die Verzichtserklärung
12. November 1918	Ausrufung der Ersten Republik
16. Februar 1919	Erste freie Wahlen
10. September 1919	Unterzeichnung des Friedensvertrages von Saint Germain
10. November 1920	Neue Verfassung tritt in Kraft
Oktober 1922	Völkerbundanleihe für Österreich
20. Dezember 1924	Einführung der Schillingwährung
30. Jänner 1927	Zusammenstoß von Schattendorf
15. Juli 1927	Justizpalastbrand
1932	Regierungsantritt Dollfuß'
März 1933	Selbstausschaltung des Parlaments
	Beginn der autoritären Regierung Dollfuß'
	Verbot des Republikanischen Schutzbundes
Februar 1934	Februarkämpfe
Juli 1934	Putschversuch
Juli 1936	Juliabkommen
Februar 1938	Treffen zwischen Schuschnigg und Hitler in Berchtesgaden
12. März 1938	Einmarsch deutscher Truppen in Österreich
10. April 1938	Volksabstimmung

**S. 73**

**A:**



**B:**

- 1 Austritt aus dem Völkerbund (1933)
- 2 Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (1935)
- 3 Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes (1936)
- 4 Achse-Rom-Berlin (1936)
- 5 Anschluss Österreichs (1938)
- 6 Reichsprotektorat Böhmen und Mähren (1938)
- 7 Hitler-Stalin Pakt (1939)
- 8 Einmarsch in Polen (1939)

**D:**

	KONZENTRATIONSLAGER	VERNICHTUNGSLAGER
Zeitraum	1933–1945	Dezember 1941–1945
Zweck	Zwangsarbeit	Ermordung von Juden, Zigeunern und sowjetischen Kriegsgefangenen
Zahl der Opfer	700 000–800 000	mehrere Millionen
Beispiele	Auschwitz, Dachau, Mauthausen, Sachsenhausen, Buchenwald	Auschwitz-Birkenau, Belzec, Chelmno Sobibor, Treblinka

**S. 74**

**C**

1. Nürnberg
2. Teheran (1943), Jalta (1945), Potsdam (1945)
3. Truman, Churchill und Stalin
4. USA, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion
5. Entkolonialisierung
6. USA und Sowjetunion

**E**

1933–1935: Boykott jüdischer Geschäfte – Berufsbeamtengesetz – Ariernachweis – SA-Terror  
 1935: Nürnberger Rassegesetze – Rassentrennung – Verlust der politischen Rechte  
 1938: Reichskristallnacht – gezieltes und geplantes Vorgehen gegen jüdische Bevölkerung - Arisierungen  
 1940–1945: Ghettos – Deportation in Konzentrations- und Vernichtungslager – Ermordung von sechs Millionen Menschen

**S. 85**

**Frauenanteil in den österreichischen Landtagen:** (Reihung nach Prozentsatz an Mandatarinnen)

Wien: 42%; Oberösterreich: 39,3%; Vorarlberg: 36,1%; Tirol: 27,8%; Steiermark: 26,8%; Burgenland: 22,2%; Kärnten: 19,4%  
 Landtag Niederösterreich: 17,86%

**S. 93**

**A:**

1. 1945–1947; 2. 1947–1966, 1987–2000, seit 2006; 3. 1970–1971; 4. 1983–1987 (SPÖ/FPÖ), 2000–2006 (ÖVP/FPÖ);
5. 1966–1970 (ÖVP), 1970–1983 (SPÖ); 6. Die Grünen, LiF, BZÖ; 7. Große Koalition (SPÖ/ÖVP)



### S. 106

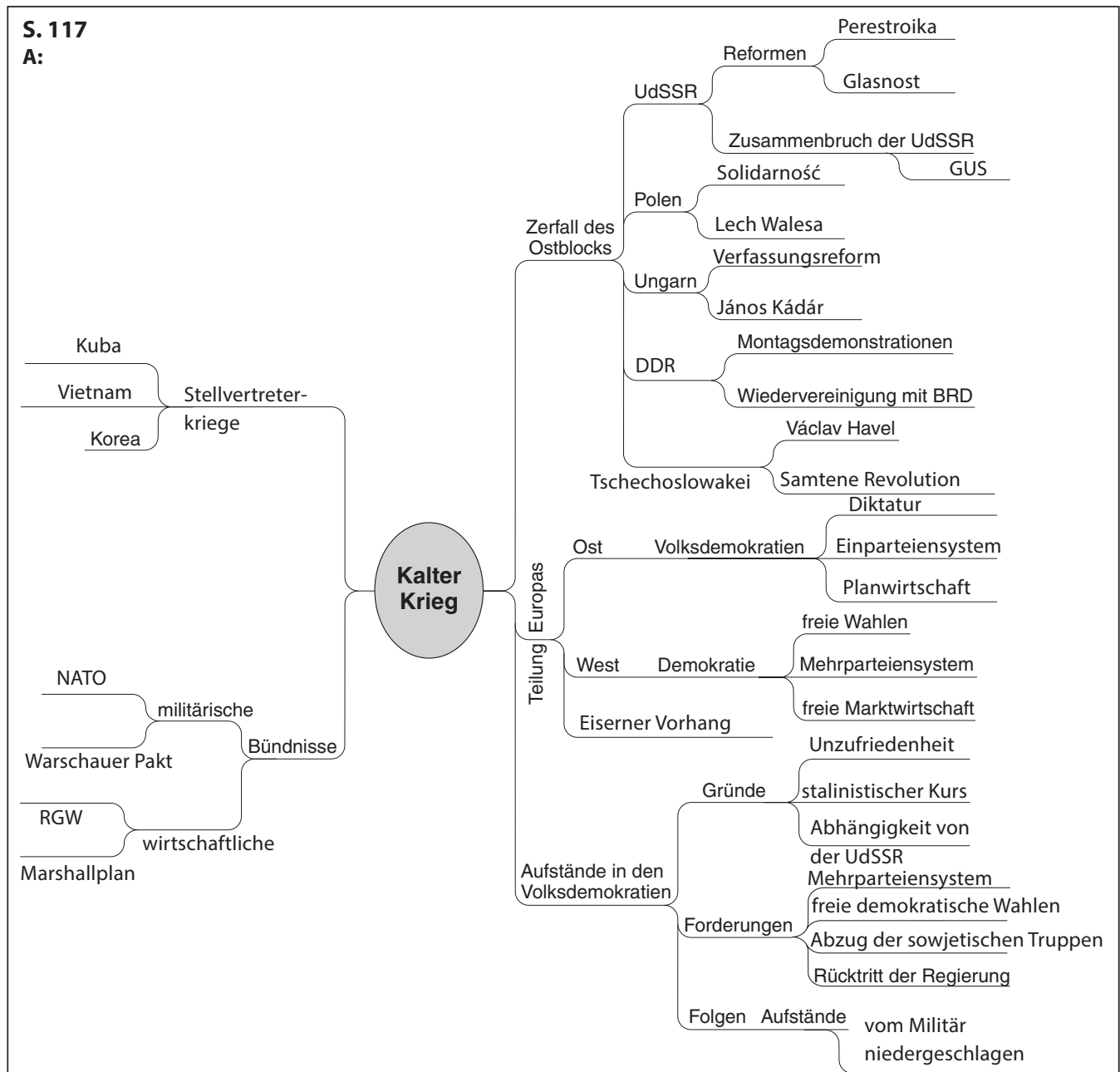
Slowenien: Slowenen  
Kroatien: Kroaten, Serben  
Serbien: Serben, Bulgaren, Muslime, Ungarn, Albaner  
Bosnien-Herzegowina: Muslime, Serben, Kroaten  
Montenegro: Montenegriner, Muslime, Albaner, Kroaten  
Mazedonien: Mazedonier, Albaner

### S. 113

1. Generalversammlung, Sicherheitsrat, Wirtschafts- und Sozialrat, Treuhandrat, Internationaler Gerichtshof, Sekretariat
2. USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien
3. mindestens einmal im Jahr
4. Generalversammlung
5. nein, jedes Land hat eine Stimme
6. Generalversammlung und Sicherheitsrat
7. 10, 2 Jahre
8. 15
9. Generalsekretär
10. Kinder

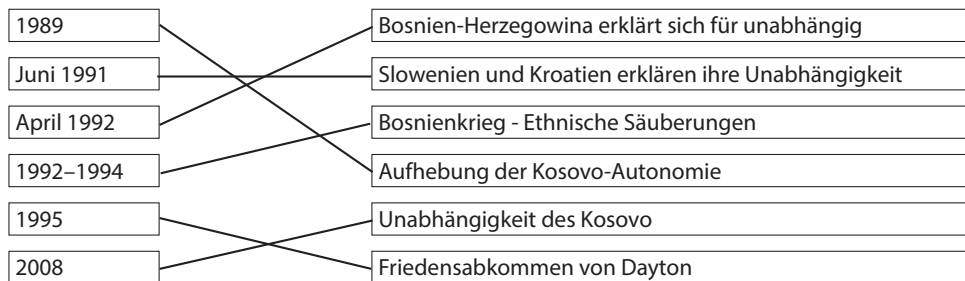
### S. 115

1. Unterstützte den Wiederaufbau in Europa
2. Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit
3. 1949; Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa und den Mitgliedsländern im Falle eines Angriffs Hilfe zu leisten
4. Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Großbritannien
5. 1952
6. BRD, Spanien
7. 1955, 1991, Zusammenbruch des Ostblocks
8. UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien
9. Albanien



**S. 118**

**B:**



**C:**

Zeit	Krieg	Kriegsparteien	Anlass	Folgen
1948/49	Erster Israelisch-Arabischer Krieg	Israel Ägypten Syrien Jordanien	Ausrufung des Staates Israel	Israel vergrößerte Staatsgebiet, Gazastreifen unter ägyptischer Verwaltung, Westjordanland fiel an Jordanien
1967	Sechstagekrieg	Israel Ägypten Syrien Jordanien	Israelischer Präventivkrieg nach arabischem Truppenaufmarsch	Israel erobert Gazastreifen, Golanhöhen, Sinai-Halbinsel und Westjordanland Jerusalem wird Hauptstadt
1973	4. Israelisch – Arabischer Krieg „Jom-Kippur-Krieg“	Israel Ägypten Syrien	Israel soll aus besetzten Gebieten verdrängt werden	1979 Friedensvertrag: Israel räumt Sinai-Halbinsel

**D:**

1. X    2. X    5. X

**E:**

- USA, UdSSR
- Selbstbestimmungsrecht der Völker
- Indien 1947, Libyen 1951, Tunesien und Marokko 1956, Ghana 1957, 17 weitere afrikanische Länder 1960
- Mahatma Gandhi
- Passiver Widerstand, Boykott englischer Waren

**S. 129**

**A:**

- Aktives Wahlrecht:** alle Bürger und Bürgerinnen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr dürfen wählen.  
**Passives Wahlrecht:** alle Bürgerinnen und Bürger ab dem vollendeten 18. Lebensjahr können bei einer Wahl kandidieren. Ausnahme: Bundespräsidentenwahl – Mindestalter 35
- Volksbegehren:** Gesetzesantrag, der vom Volk eingeleitet wird. Zur Behandlung im NR sind wenigstens 100 000 Unterschriften oder die Unterstützung von mindestens 8 NR-Abgeordneten, oder je 4 Landtagsabgeordneten aus drei verschiedenen Landtagen nötig  
**Volksabstimmung:** Abstimmung der Bevölkerung zu einer bestimmten Sachfrage, das Ergebnis ist für die Regierung rechtlich bindend.
- Allgemein:** Jede/r Wahlberechtigte hat das Recht an einer Wahl teilzunehmen.  
**Gleich:** alle Stimmen zählen gleich viel, unabhängig von Geschlecht, Alter, Einkommen...  
**Unmittelbar:** Man wählt die auf der Wahlliste angeführten Kandidatinnen und Kandidaten oder die Partei direkt.  
**Persönlich:** Jede/r Wahlberechtigte muss seine Stimme persönlich oder per Wahlkarte abgeben.  
**Frei:** Jede/r kann frei entscheiden, ob er zur Wahl geht oder nicht bzw. wen er/sie wählen möchte.  
**Geheim:** Die Abstimmung erfolgt geheim. Es darf für niemanden ersichtlich sein, für welche Partei/welchen Kandidaten/in jemand gestimmt hat.
- Gemeinderat, Landtag, Nationalrat, Bundespräsident, Abgeordnete zum Europäischen Parlament, in manchen Gemeinden die Bürgermeister oder den Bürgermeisterin



**B:**

	<b>SPÖ</b>	<b>ÖVP</b>	<b>FPÖ</b>	<b>BZÖ</b>	<b>Grüne</b>
Voller Name	Sozialdemokratische Partei Österreichs	Österreichische Volkspartei	Freiheitliche Partei Österreichs	Bündnis Zukunft Österreich	Die Grünen – Grüne Alternative
Gründungsdatum	1888/89, 1945	1893, 1945	1949 (VdU) 1955	2005	-
Jahre in der Regierung	1945-66, 1970-2000, seit 2006	1945-1970, seit 1987	1983-1987, 2000-2006	2005	-
Jahre in der Opposition	1966-1970	1970-1983	1949-1983, 1987-2000, seit 2006	seit 2006	seit 1986
Erstmals im Nationalrat	1945	1945	1949	2006	1986
Aktuelle/r Parteiobermann/frau	Werner Faymann	Josef Pröll	Heinz-Christian Strache	Josef Bucher	Eva Glawischnigg
Aktuelle Mandatszahl (Stand 2009)	57	51	34	21	20

**S. 130****C:**

Gründungsmitglieder: Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien

1973: Dänemark, Vereinigtes Königreich, Irland

1981: Griechenland

1986: Spanien, Portugal

1995: Österreich, Finnland, Schweden

2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

2007: Rumänien, Bulgarien

**Quiz S. 132f****A: Wirtschaft und Gesellschaft in der Zwischenkriegszeit**

- Saint Germain
- Wirtschaftsboom, Wohlstand
- Zusammenbruch der New Yorker Börse
- USA forderte Rückzahlung der Kredite
- New Deal
- Wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit
- Benito Mussolini
- General Francisco Franco
- Adolf Hitler
- Stalin

**B: Erste Republik – Österreich von 1918–1938**

12. November 1918
- Karl Renner
- Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln, Arbeitslosigkeit, Inflation ...
- Völkerbundanleihe
- Schilling
- Wehrverbände
- Ständestaat bzw. Austrofaschismus
- Vaterländische Front
- Kurt Schuschnigg
12. März 1938

**C: Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg**

- Führerprinzip, Antisemitismus, Schaffung von Lebensraum im Osten, Zurücknahme des Versailler Vertrages, Anschluss Österreichs, Nationalismus

**D:**

Gründung der EGKS	1951
Vertrag von Rom Gründung der EWG	1957
Gründung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung	1974
Erste Wahl zum Europäischen Parlament	1979
Vertrag von Maastricht tritt in Kraft Umbenennung in EU	1992
Österreich tritt der EU bei Schengener Abkommen tritt in Kraft	1995
Einführung des Euros als bargeldlosen Zahlungsverkehr	1999
Der Euro wird als europäische Währung in den 12 Mitgliedsländern eingeführt	2002
Vertrag von Lissabon tritt in Kraft Soll die EU demokratischer und effizienter machen	2009

- Vereinheitlichung des politischen und gesellschaftlichen Lebens zur Verbreitung der NS-Ideologie
- Frieden: Nichtangriffspakt mit Polen, Flottenabkommen mit England, Olympische Spiele in Berlin 1936; Krieg: Austritt aus dem Völkerbund, Bau einer Luftwaffe, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Besetzung des Rheinlandes, Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, Anschluss Österreichs, Besetzung der Tschechoslowakei, Errichtung des Reichsprotectorates Böhmen und Mähren, Angriff auf Polen
- Konzentrationslager: Ausnutzung der Arbeitskraft der Opfer durch Zwangsarbeit für militärische und zivile Bauvorhaben, sowie für die Kriegsindustrie – der Tod der Opfer wurde in Kauf genommen. Vernichtungslager: Ermordung vorwiegend jüdischer Menschen
- Politische Gegner (Linksparteien), Studenten (Weiße Rose), Kirche, Einzelpersonen (Georg Elser), Jüdische Opfer, Militärs (20. Juli 1944); Bepitzelung und Überwachung, Todesstrafe
- Deutscher Angriff auf Polen (1939), Dänemark, Norwegen, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland (1940); Deutscher Feldzug gegen die Sowjetunion (1941), Niederlage einer deutschen Armee bei Stalingrad (1943), Landung in der Normandie (1944), Gesamtkapitulation Deutschlands (8. Mai 1945)
- Schlacht bei Stalingrad: Vernichtung der 6. Armee, danach drangen sowjetische Truppen stetig bis nach Berlin vor.
- Errichtung einer weiteren Front im Westen neben den Fronten im Süden und Osten

29. Gesamtkapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945, Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945
30. 50 bis 55 Millionen Todesopfer, großflächige Zerstörungen, Beginn des Kalten Krieges, Beginn der Entkolonialisierung

### **D: Zweite Republik**

31. Besetzung Österreichs durch Deutschland null und nichtig, Österreich wird erinnert, dass es für die Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands Verantwortung trägt.
32. Oberösterreich nördlich der Donau (Mühlviertel), Niederösterreich und das Burgenland gehörten zur russischen Zone. Osttirol, Kärnten und Steiermark waren von den Briten besetzt. Tirol und Vorarlberg bildeten die französische Besatzungszone, Salzburg und Oberösterreich südlich der Donau besetzten Soldaten der US-Armee. In Wien wurde der erste Bezirk von allen vier Besatzungsmächten kontrolliert. Alle anderen Bezirke wurden jeweils einer alliierten Macht zugesprochen.
33. Kriegsverbrecher, Belastet, Minderbelastet; Viele Beamte wurden entlassen, mussten aber bald darauf wieder eingestellt werden, um die Verwaltung zu gewährleisten. Viele ehemalige – auch verurteilte – Nationalsozialisten bekleideten später wieder Spitzenposition in Wirtschaft, Verwaltung und Politik.
34. Marshallplan (oder: European Recovery Program); Österreichische Regierung erhielt Waren und Lebensmittel geschenkt und verkaufte diese günstig an österreichische Betriebe. Staat investierte die Einnahme aus diesen Verkäufen in den Wiederaufbau der Wirtschaft, Unternehmen erzielten Gewinne und konnten diese investieren.
35. Österreich wird als freier und unabhängiger Staat in den Grenzen des Jahres 1938 wiederhergestellt, der Anschluss an Deutschland wird verboten; Alle nationalsozialistischen und faschistischen Organisationen werden verboten und die Wiederbetätigung in diesem Sinne wird unter Strafe gestellt; In Artikel 7 werden Minderheitenrechte für die Volksgruppen der Slowenen und Kroaten festgelegt; Das Habsburgergesetz von 1919 wird explizit aufrechterhalten; Österreich darf eine eigene Armee zu seiner Verteidigung aufstellen. Allerdings gibt es Rüstungsbeschränkungen; Österreich muss der UdSSR die deutschen Vermögenswerte ablösen und auch die Erträge aus Ölfeldern an die UdSSR abtreten; Die alliierten Mächte verpflichten sich, ihre Truppen bis spätestens 25. Oktober aus Österreich abzuziehen und der Republik Österreich beschlagnahmtes Eigentum zurück zu geben.
36. Konzentrationsregierung (alle Parteien an der Regierung beteiligt – 1945), große Koalitionen zwischen SPÖ und ÖVP (1945 – 1966)
37. Vertreter von Arbeitnehmern (ÖGB, AK) und Arbeitgebern (WK, LWK) beraten über wirtschaftliche und soziale Fragen, insbesondere über Löhne und Preise, um Unruhen und Streiks zu verhindern und so die wirtschaftliche Entwicklung nicht zu gefährden.
38. 1966 – 1970: Alleinregierung ÖVP (stabil, kann auf Grund der absoluten Mehrheit sehr rasch Beschlüsse fällen, repräsentiert nur knapp mehr als die Hälfte der

Bevölkerung); 1970 – 1971: Minderheitsregierung SPÖ mit Unterstützung der FPÖ (sehr instabil, repräsentiert weniger als die Hälfte der Bevölkerung, gilt eher als Notlösung, wenn andere Regierungsformen nicht möglich scheinen); 1971 – 1987 Alleinregierung SPÖ (Vor- u. Nachteile siehe Alleinregierung ÖVP)

39. Gute Ausbildung für Kinder aus einkommensschwachen Familien durch Schülerfreifahrt, Gratisschulbücher...
40. Juli 1989: Antrag auf Vollmitgliedschaft; 1993 – 1994: Beitrittsverhandlungen; 1994: Volksabstimmung in Österreich; Juni 1994: Unterzeichnung des Beitrittsvertrages; 1. Jänner 1995: Beitritt Österreichs zur EU, gemeinsam mit Schweden und Finnland; 1. Jänner 2002: Einführung des EURO

### **E: Welt nach 1945**

41. BRD, DDR
42. Kalten Krieg
43. NATO, Warschauer Pakt
44. Ungarn (1946), Polen (1947), Tschechoslowakei (1947), DDR (1949)
45. Glasnost, Perestroika
46. GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten)
47. Mehrparteiensystem, freie Wahlen, Gewerkschaften
48. Jugoslawien
49. Israel
50. Die Auflösung der Kolonialherrschaft, Kolonien werden unabhängig

### **F: Politische Bildung**

51. Gemeinderat (alle 5-6 Jahre), Bürgermeister (alle 5-6 Jahre), Landtag (alle 5-6 Jahre), Nationalrat (alle 5 Jahre), Bundespräsident/in (alle 6 Jahre), Abgeordnete zum Europäischen Parlament (alle 5 Jahre)
52. allgemein: alle BürgerInnen, die das Wahlalter erreicht haben dürfen an einer Wahl teilnehmen; gleich: alle Stimmen zählen gleich; unmittelbar: Wahlberechtigte müssen ihre Stimme persönlich oder per Wahlkarte abgeben; frei: man kann frei entscheiden ob und wen man wählt; geheim: die Stimmabgabe erfolgt geheim in der Wahlzelle
53. aktiv: wählen dürfen (ab dem 16. Lebensjahr); passiv: gewählt werden dürfen (ab dem 18. bzw. 35. Lebensjahr (Bundespräsident))
54. 100 000 Unterschriften
55. Zwentendorf 1978: 50,5% gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes; EU-Beitritt Österreichs 1994: 66,6% für den Beitritt Österreichs zur EU
56. SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, BZÖ
57. EGKS: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
58. 27 Mitgliedsstaaten, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Zypern
59. Kroatien, Türkei, Mazedonien
60. Europäische Kommission (Exekutivorgan der EU), Europäisches Parlament (Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der EU), Rat der Europäischen Union (wichtigste Entscheidungsinstanz der EU)

# Lösungen zu den Workshops im Arbeitsheft

## S. 9

1. Österreich: 8 223; Ungarn: 15 338; 2. Sopron: 12 331 für Ungarn; 4 616 für Österreich; 3. Land: 3 007 für Ungarn; 3 607 für Österreich; 4. Fertöboz; 5. Gültige Stimmen: 24 063; ungültige Stimmen 502; 6. 3 006; 7. Harka, von 1 075 Einw. 1 065 Deutsche; 8. Nagycenk; von 2 004 Einw. 1 763 Ungarn; 9. Kópháza; 10. Deutsche: 27 473; Ungarn 19 525; nicht alle Deutschen stimmten für Österreich

## S. 22

DEMOKRATISCHEN – DEUTSCHEN – MEMORANDUM – NEUTRALITÄT – SOUVERÄNITÄT – STAATSVERTRAG – STALIN – SÜDTIROLFRAGE – UNABHÄNGIGEN – UNABHÄNGIGKEIT – UNVERLETZBARKEIT – VERHANDLUNGEN – VERTRAG

Lückentext: Unabhängigkeit – Verhandlungen – „Vertrag – unabhängigen – demokratischen – Südtirolfrage – deutschen – Stalin – Memorandum – Neutralität – Souveränität – Unverletzbarkeit – Staatsvertrag.

## S. 23

Alleinregierung: Die Bundesregierung wird nur von der Partei gebildet, die bei der Nationalratwahl die absolute Mehrheit (mehr als 50% der gültigen Stimmen) erreicht hat.

Minderheitsregierung: Die regierende Partei hat keine Mehrheit im Parlament. Zum Beschluss von Gesetzen müssen deshalb Mehrheiten gemeinsam mit anderen im Parlament vertretenen Parteien gesucht werden.

Große Koalition: Die beiden Parteien, die im Parlament am stärksten vertreten sind, bilden die Regierung. (in Ö bislang nur zwischen SPÖ und ÖVP)

Kleine Koalition: Die am stärksten im Parlament vertretene Partei bildet mit einer kleineren (dritt-, viertstärkste Partei, etc.) die Regierung.

Konzentrationsregierung: Alle Parteien im Parlament vertretenen Parteien bilden gemeinsam die Regierung.

## S. 24

- 1x, Regierung Klaus 1966–1970 (Alleinregierung der ÖVP)
  2. 4x, Regierung Kreisky I 1970–1971 (Alleinregierung der SPÖ)  
Regierung Kreisky II 1971–1975 (Alleinregierung der SPÖ)  
Regierung Kreisky III 1975–1979 (Alleinregierung der SPÖ)  
Regierung Kreisky IV 1979–1983 (Alleinregierung der SPÖ)
3. 1970–1971; SPÖ unter Bruno Kreisky
4. Regierung Figl 1945–1953 (ÖVP+SPÖ); Regierung Raab 1953–1959 (ÖVP+SPÖ); Regierung Raab/Gorbach 1959–1964 (ÖVP+SPÖ); Regierung Klaus 1964–1966 (ÖVP+SPÖ); Regierung Vranitzky 1986–1997 (1986–1987 SPÖ+FPÖ und von 1987–1995 SPÖ+ÖVP); Regierung Klima I 1997–2000 (SPÖ+ÖVP); Regierung Gusenbauer 2007–2008 (SPÖ+ÖVP); Regierung Faymann seit 2008 (SPÖ+ÖVP)
5. Regierung Sinowatz 1983–1986 (SPÖ-FPÖ); Regierung Schüssel 2000–2007 (ÖVP+FPÖ)
6. Alfred Gusenbauer (SPÖ)

## S. 25

Informationen für den LehrerIn zur Karikatur:

Titel: How was it out there? (Wie war es draußen?)

Karikaturist: Dick Locher

Wann und wo erschienen: 1982 in der Chicago Tribune, USA

Beschreibung: In einem Käfig, der an einer Hammer-und-Sichel-Kette hängt, sitzen drei traurig dreinblickende Vögel. Ein Vogel repräsentiert die DDR, einer Ungarn und einer trägt keine Aufschrift. Ein vierter Vogel, der Polen darstellt, wird von einer Person, von der nur die Arme sichtbar sind, in den Käfig zurückgesteckt. Der „unbeschriftete“ Vogel empfängt ihn mit den Worten: „Wie war es draußen?“ Auf einem Jackenärmel ist das Symbol der Sowjetunion zu sehen.

Historischer Hintergrund:

- Polen in den 1980er: Proteste und Streiks; Gründung der freien Gewerkschaft Solidarność, Lech Walesa, 1982 Verbot der Solidarność
- Aufstände gegen die kommunistische Herrschaft in der DDR (1953), Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968)

Deutung: Locher nimmt hier Bezug auf die freie Gewerkschaft Solidarność unter Lech Walesa. Polen gelang es für kurze Zeit aus dem sowjetischen Gefängnis (Käfig) zu entkommen. Nach der Rücknahme der Reformen, wird der „polnische Vogel“ wieder in den „sowjetischen Käfig“ gesperrt. Locher kommentiert mit dieser Karikatur die Unterdrückung der polnischen Freiheitsbestrebungen in den frühen 1980er Jahren. Weiters verweist er auf die fehlgeschlagenen Freiheitsbestrebungen in der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei.

## S. 27

1. Computer – Webcam – Internet – online; 2. May: Westjordanland; Mohammed: Gaza-Streifen
3. keine Arbeit, \$ 4000 Schulden

## S. 29

1. Angelschnur, Drahtseil, Pfeil, Bogen, Rolle; 2. 1 Uhr nachts; 3. Berlin